

Wurden Gesundheitsgefahren auf der Deponie unterschätzt?

Arbeiter konnte sogar sein Rasierwasser nicht riechen

Neues Sicherheitskonzept / Wasserverband untersagt Betreten

Nienburg / Rehburg-Loccum (dil). Das Arbeiten auf der Sondermülldeponie Münchhagen scheint nun doch mit gesundheitlichen Risiken behaftet zu sein. Mehrere Beschäftigte des Kreiswasserverbandes klagten in der letzten Zeit über Reizungen auf der Haut und in den Atemwegen. Ein Mitarbeiter verlor nach mehrstündigem Einsatz auf der Deponie am Wochenende vorübergehend seinen Geruchssinn. Der Wasserverband hat seinen Beschäftigten jetzt das Betreten der Deponie verboten, solange nicht geklärt ist, welche Gefahren von den Flüssigkeiten, Stäuben und Gasen ausgehen, denen man beim Einsatz auf der Deponie ausgesetzt ist. Das Wasserwirtschaftsamt Sulingen hat Ende Oktober ein Sicherheitskonzept für Arbeiten auf der Deponie fertiggestellt, nach dem sich die Arbeiter künftig richten sollen. Der jetzt Erkrankte hat dies eigenen Angaben zufolge am Samstag allerdings bereits getan.

Der Geschäftsführer des Kreisverbandes Nienburg der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Winfried Freienstein, berichtete der HARKE, daß der Personalrat des Wasserverbandes gestern morgen die ÖTV-Gewerkschaft beauftragt habe, seine Interessen nach dem Personalvertretungsgesetz zu unterstützen. Konkreter Anlaß: Ein Mitarbeiter habe auf der Deponie Gesundheitsschäden bisher nicht gekannten Ausmaßes erlitten.

Freienstein teilte mit, daß bereits seit längerem Augenbrennen, Reizung der Atemwege und vorübergehende Beeinträchtigung des Geruchssinnes zu den regelmäßigen Folgeerscheinungen von Arbeitseinsätzen auf der Sondermülldeponie gehören. Die Reizungen klangen bisher stets nach einigen Stunden ab. Ein am Samstag dort von 10.30 bis 17.30 Uhr mit Vorbereitungsmaßnahmen für das Überpumpen beschäftigter Mann konnte jedoch am nächsten Tag noch nicht einmal sein Rasierwasser riechen. Er befindet sich inzwischen in ärztlicher Behandlung. Sein Zustand hat sich gebessert. Heute wird er von einem Arzt des Landesamtes für Immissionsschutz untersucht.

Die ÖTV schaltete gestern die Berufsgenossenschaft in Düsseldorf ein, die diesen Fall aufgreifen will, weil es sich ihrer Ansicht nach rechtlich bereits um einen Arbeitsunfall handelt. Der Kreisverband für Wasserwirtschaft wies seine Mitarbeiter gestern vorsichtshalber an, die Deponie bis zur Aufklärung der Gefährdungs- und Haftungsfragen nicht mehr zu betreten. Über diese Fragen und das Sicherheitskonzept wurde gestern nachmittag bereits mit Spitzen der Kreisverwaltung verhandelt.

Der jetzt erkrankte Arbeiter trug am Samstag nur einen Papierfilter auf Mund- und Nasenöffnung, wie es laut Konzept für den oberen Bereich der Deponie vorgeschrieben ist. Die in Polder IV nahe der stinkenden milchiggrauen Wassermassen tätigen Kollegen müssen Atemschutzmasken tragen. Ob dies als Schutz ausreicht, ob nicht spezielle Kleidung getragen werden

muß, darüber besteht nach Meinung von Winfried Freienstein viel zu wenig Kenntnis. Wünsche der Arbeiter nach Schutzbekleidung habe ein Landkreismitarbeiter vor einigen Wochen noch abgelehnt. Auf eine am 1. November vom Wasserverband schriftlich gefaßte und dem Kreis übersandte Forderung nach Gesundheitsuntersuchung der Mitarbeiter erhielt der Wasserverband bisher keine Antwort.

ÖTV-Geschäftsführer Freienstein fordert bereits dienstrechtliche Konsequenzen. In seinen Augen ist die politische Aufsicht über die Kreisverwaltung in der Frage „Sondermülldeponie“ vernachlässigt worden, was er Landrat Helmut Rode und der CDU-Kreisratsfraktion vorwirft.

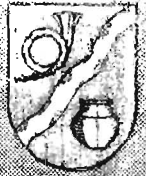
Über Landrat Rode ist man auch in Rehburg-Loccum verärgert. Bürgermeister Heinrich Bullmahn sandte der HARKE eine Stellungnahme zu den Äußerungen Rodes auf dem CDU-Kreisparteitag, wonach die Stadt Rehburg-Loccum das Thema Sondermülldeponie aus politischen Gründen genehmlich in die Länge zieht. Bullmahn entgegnet, der Rat der Stadt habe bisher immer angemessen reagiert. Parteipolitik habe dabei keine Rolle gespielt.

Bullmahn schreibt, daß noch heute sorglos Sondermüll in Münchhagen abgelagert würde, hätte die Stadt nicht erfolgreich dagegen den Rechtsweg beschritten. Die Entscheidungen des Rates beruhen auf fachlich qualifiziertem Rat und seien keine „abenteuerten“ Alleingänge, als die sie zum Teil von Minister Glup und Kreisrechtsrat Brieber dargestellt wurden. (Der Wortlaut der Stellungnahme folgt auf der übernächsten Lokalseite.)

Der Kreisverband für Wasserwirtschaft will am Freitag mit der Entwässerung der 300 Kubikmeter Klärschlamm Münchhäger Herkunft beginnen, die er noch in einem Silo der Kläranlage Lemke liegen hat. Früher wurde der getrocknete Klärschlamm in die Mülldeponie Krähe abgefahren. Jetzt erwartet der Verband vom Landkreis die Entscheidung, wohin der Schlamm soll.

**Aus dem
Südkreis**

W. Siebert
(05764) 742
S. Reckleben
(05763) 2535



Stellungnahme von Bürgermeister Heinrich Bullmahn:

„Rehburg-Loccums Rat reagierte angemessen“

Alleingänge beruhen auf qualifiziertem Expertenrat

Rehburg-Loccum (r). Die Diskussion in den letzten Wochen – insbesondere aber die einzelnen am Sonnabend, 16. November, in der HARKE erschienenen Artikel über die Sondermülldeponie in Münchehagen, nahm Rehburg-Loccums Bürgermeister Heinrich Bullmahn zum Anlaß, eine Stellungnahme herauszugeben. Besonderer Auslöser war für ihn dabei die Feststellung von Landrat Helmut Rode, daß – sinngemäß – Rehburg-Loccum das Thema „Sondermüll Münchehagen“ aus politischem Grund lange genüßlich wachzuhalten gedenke. Bullmahn bedauert außerordentlich, daß Rode sich in dieser Weise geäußert hat.

Bullmahn schrieb der HARKE: „Ich bin der Ansicht, daß der Rat der Stadt Rehburg-Loccum bisher angemessen und nicht überzogen reagiert hat. Die Zusammensetzung des Rates und die bisher einstimmig gefaßten Beschlüsse zu diesem Thema lassen überdeutlich werden, daß bisher nicht parteipolitische Profilierungsgelüste, sondern ernste Sorgen das Handeln des Rates bestimmt haben. Unsere bisherigen Entscheidungen wären sicherlich bei einer von der SPD geführten Landesregierung nicht anders ausgefallen.“

Man muß uns aber wohl zugestehen, daß wir vor Ort und in Kenntnis der ganzen Sachlage allen Grund – ja sogar die Pflicht – haben, unsere Sorgen zu artikulieren. Wir möchten dabei nicht in Panikmache verfallen – dazu besteht hier kein Anlaß –, aber wir sehen mittel- und langfristige eine ganze Menge Probleme auf die Stadt zukommen.

Unverständlich und unfassbar bleibt, daß man nach den Erfahrungen mit der Altdeponie dem Thema ‚Sondermüll‘ regierungsseitig so leichtfertig und bagatelisierend begegnet. Das hat sich auch gezeigt, als man jüngst Vertretern der Stadt bei einer Vorladung im Landwirtschaftsministerium die relative Bedeutungslosigkeit des Dioxinaustritts in Münchehagen vor Augen führen wollte. Unseriös wird die Darstellung nur, wenn – wie übrigens auch in den Medien – lediglich die ausgetretenen dioxinverseuchten zehn Liter als Vergleichsmaßstab zu Seveso und Korea herangezogen werden. So kann man doch nicht die für diesen Raum Verantwortung tragenden Ratsherren und Verwaltungsbeamten bescheiden. Schließlich sind doch die ausgetretenen zehn Liter ‚Dioxinöl‘ nicht vom Himmel gefallen.

Nach dem Artikel ‚Viele Dioxinträger in Münchehagen‘ vom gleichen Tage soll nun – nachdem das Kind im Brunnen liegt – von der finanzstarken Muttergesellschaft der Sondermüllgesellschaft versucht werden, entstandene und entstehende Kosten wieder einzuspielen. Ich bin gespannt, wie man das bei dieser Gesellschaftskonstruktion überhaupt bewerkstelligen will. Wie viel einfacher wäre es doch da gewe-

sen, wenn man nicht unsere schon vor Jahren beim Landwirtschaftsminister vorgebrachten Warnungen, eine Sondermülldeponie nicht in der Form einer haftungsbegrenzten GmbH & Co. KG zuzulassen, in den Wind geschlagen hätte.

Der Hinweis auf die Dringlichkeit der Deponiesanierung, weil die Fässer durchrosten und jeder ungenutzt verstrichene Tag die Gefahr nur erhöhe, blieb ebenfalls ohne Resonanz. Unsere Kritik an der Sondermüllentsorgung durch die private Hand und an der bisherigen Einlagerungspraxis fanden gleichfalls kein Gehör.

Auf die vielen Einzelschritte im Laufe der Jahre kann im Rahmen dieser Abhandlung nicht weiter eingegangen werden. Die Quintessenz ist jedoch, daß sich bisher in Hannover nichts erkennbar bewegt hat. Erst die jüngsten Ereignisse haben im Landwirtschaftsministerium offenbar zum Umdenken geführt. Wie schon vor Jahren von Vertretern des Rates vortragene Anregungen zum Teil in amtliche Regierungspolitik umgesetzt werden sollen.

Ich bin aber sicher, daß heute unverändert und vermutlich sorgloser denn je Sondermüll in der Deponie in Münchehagen abgelagert würde, wenn nicht die Stadt erfolgreich den Rechtsweg beschritten hätte.

Bei alledem kann es doch nicht verwunderlich sein, daß sich die Stadt Rehburg-Loccum selber zur Beurteilung der Sachlage qualifizierter Gutachter bedient und bei der Durchsetzung ihrer Interessen eigene Wege geht. In der Vergangenheit hat sich dieses jedenfalls als richtig erwiesen.

Auch die jüngsten Entscheidungen des Rates basieren auf fachlich qualifiziertem Rat und sind nicht das Ergebnis ‚abenteuerlicher‘ Alleingänge eines sich überschätzenden Rates.

Wir hätten jedoch begrüßt, wenn uns von Anfang an die Vertreter aller Parteien bei der Lösung unserer Probleme hilfreich zur Seite gestanden hätten und nicht erst mit lautem Getöse auf den Zug aufzuspriegen versucht hätten, nachdem die erste Schlacht bereits geschlagen war.“

H. daraufhin entzogen worden, die Heimlei- | erfroren war.

HZ 19.11.85

Doch Gesundheitsgefährdung in Münchehagen?

dil. Nienburg

Ein Beschäftigter des Nienburger Kreisverbandes für Wasserwirtschaft hat am Sonnabend nach mehrstündiger Arbeit auf der Sondermülldeponie Münchehagen für mehr als einen Tag seinen Geruchssinn verloren. Der Kreisverband hat daraufhin am Montag all seinen Mitarbeitern bis zur Klärung der Ursachen das Betreten der Deponie untersagt. Der Erkrankte befindet sich in ärztlicher Behandlung und wird heute von einem Facharzt des Landesamtes für Immissionsschutz untersucht.

Am 30. Oktober hatte das Wasserwirtschaftsamt Sulingen ein Sicherheitskonzept

für Arbeiten auf der Deponie vorgelegt. Diesem entsprechend hatte der Erkrankte oberhalb der Deponiepolder nur einen Papierfilter über Mund und Nase getragen, obwohl das Wasser aus Polder IV weithin scharfe Gerüche verbreitet. Wer am Polder direkt arbeitet, muß eine Atemschutzmaske tragen. Die Berufsgenossenschaft Düsseldorf stuft den Vorfall als Berufsunfall ein. Noch in seiner Regierungserklärung vom vergangenen Donnerstag hatte Ministerpräsident Ernst Albrecht behauptet, von der Sondermülldeponie Münchehagen sei bisher keine Gefährdung für die Menschen auf und nahe der Deponie ausgegangen.

An den
Ministerpräsidenten
des Landes Niedersachsen
Herrn
Dr. Ernst Albrecht
Staatskanzlei - Planckstr.
3000 Hannover 1

Resolution
=====

Sehr geehrter Herr Dr. Albrecht!

Die Bürgerinitiative Rehburg-Loccumer Bürger gegen Giftmüll
in Mönchshagen fordert von der Landesregierung des Landes
Niedersachsen

1. die Berufung einer unabhängigen, aus Vertretern verschie-
dener Fachrichtungen zusammengesetzten Expertenkommission,
die die Aufgabe hat,
 - a - die von der Deponie ausgehenden Gefahren zu diagnostizieren
 - b - entsprechende Sofortmaßnahmen einzuleiten
 - c - ein endgültiges Sanierungskonzept zu entwickeln
2. eine umfassende Aufklärung über alle in der Vergangenheit vor-
genommenen Einlagerungen mittels der Unterlagen der Fachbe-
hörden (Einlagerungskataster) und der GSM, sowie eine um-
fassende, sofortige und ständige Information der Stadt Rehburg-
Loccum in allen die Deponie betreffenden Fragen.
3. den restlosen Aushub der dioxinverseuchten Sedimente auf dem
Boden des Polder IV und seine sachgerechte Beseitigung
4. das sofortige Verbot des geplanten Überpumpens kontaminierter
Wässer in den noch verhältnismäßig unbelasteten, aber stark
geklüfteten Polder IV b
5. Abtransport der Klärschlämme aus Lemke sowie der bereits in
der Deponie Krähe bei Nienburg eingebrachten Klärschlämme, da
sie mit größter Wahrscheinlichkeit ebenfalls stark dioxinver-
seucht sind
6. dieschonungslose Aufdeckung der skandalösen Vorgänge nach Be-
kanntwerden der vom Institut Kuhlmann nachgewiesenen Konzen-
trationen ohne Rücksicht auf Namen, Positionen und Ämter
7. die Haftbarmachung der mit dem Deponiebetrieb befassten ver-
antwortlichen Personen
8. die Befreiung der Institute Kuhlmann, Natec und Fresenius von
der Schweigepflicht gegenüber Presse, Funk und Fernsehen

Hochachtungsvoll

.....
(Unterschrift und Absender)

(Verantw. i. S. des Presserechts W. Völkel, Rehburg-Loccum,
Rehbürger Str.)